

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 07.07.2014
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Eingang Bahnhofstraße, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Timo Kirchhoff CDU

Herr Erich Bischoff CDU für Torsten Wilters

Frau Gerta Pfeifer CDU für Evelyn Fisbeck

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Frau Dr. Sabine Eying B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen CDU

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Frau Tabea Triebe

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Anke Hessler vom Ing.-Büro Zech

Herr Uwe Ralle von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Herr Renko Eilts von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Herr Oliver Finkeisen CDU

Herr Kai Küpperbusch CDU

Niederschrift

Herr Thorsten Menke	CDU
Herr Walter Steinhausen	CDU
Herr Reiner Wessels	CDU
Herr 2. stv. BM Klaus Hillen	FFR
Frau Inge Langhorst	B90/Grüne
Frau Friederice Pirschel	B90/Grüne
Herr Eckhard Roese	B90/Grüne

sowie rund 100 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters	CDU
Frau Evelyn Fisbeck	FDP

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.06.2014
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Neubau einer Milchviehanlage
Vorlage: 2014/112
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.06.2014

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.06.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen insgesamt ca. 10 Anfragen der Zuhörer, die vom Bürgermeister von Essen beantwortet beziehungsweise deren Klärung zugesagt wird. Folgende Anliegen wurden im Zusammenhang mit dem geplanten Kuhstall in Kleibrok inhaltlich thematisiert:

- Anwendung des Tierschutzgesetzes beim Genehmigungsverfahren (erfolgt nach BImSchG)
- Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde zum Genehmigungsverfahren (erfolgt nach BImSchG)
- Belastung der tonnenbegrenzten Kleibroker Straße
- Keimbelastung für die Anwohner
- Auswirkungen des Methangasausstoßes auf den Klimawandel
- Mögliche Erweiterung der Biogasanlage in Kleibrok (ggfs. gesondertes Verfahren)
- Ausarbeitung einer moralisch-ethischen Stellungnahme /gesellschaftliche Diskussion

Bürgermeister von Essen weist ergänzend darauf hin, dass offene Fragen zum geplanten Kuhstall im Kleibrok im nachfolgenden Fachvortrag von Herrn Henkel geklärt werden.

Tagesordnungspunkt 5

Neubau einer Milchviehanlage

Vorlage: 2014/112

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen erinnert eingangs noch einmal an den Bauantrag aus dem vergangenen Jahr und den seinerzeit verfassten Appell des gesamten Gemeinderates. Er weist darauf hin, dass sich auch die Verwaltung den Appell zu eigen gemacht und versucht hat, Lösungen zu finden, die für beide Seiten tragfähig sind und die die Forderungen aus dem Appell einbeziehen. Dies ist aus seiner Sicht mit der deutlichen Reduzierung der Tierzahl, der Vergrößerung des Abstandes zur Wohnbebauung und der Entzerrung der Verkehrssituation gelungen. Im Übrigen sollte allen Beteiligten klar sein, dass der Bürgermeister und die Verwaltung verpflichtet sind, nach Recht und Gesetz zu handeln. (Der komplette Redebeitrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Herr Henkel erläutert anschließend anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, den rechtlichen Hintergrund zum geplanten Neubau einer Milchviehanlage in Kleibrok. Ergänzend zur Beschlussvorlage legt er dar, dass der Landkreis Ammerland im Rahmen der UVP-Vorprüfung festgestellt hat, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht. Er stellt darüber hinaus klar, dass es sich nach den geltenden Gesetzen, um einen privilegierten landwirtschaftlichen Betrieb handelt, da er nachweislich deutlich über 50 Prozent des benötigten Futters auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Flächen erzeugen kann. Auf Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) wurden zudem unter anderem umfangreiche Untersuchungen zu den Bereichen Umweltschutz, Wasser, Schall-, Staub- und Geruchsmissionen vorgelegt, die sowohl von der Verwaltung als auch von externen Gutachtern überprüft wurden.

Frau Lamers weist in ihrer Stellungnahme (Anlage 3 zur Niederschrift) darauf hin, dass sich die CDU/FFR/FDP-Gruppe ausdrücklich für die bäuerliche privilegierte Landwirtschaft ausspricht und Massentierhaltung, wie im Bereich Südodenburg ablehnt. Sie erinnert ebenso wie der Bürgermeister an den seinerzeit verfassten Appell, der keine Null-Lösung, sondern die Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft beinhaltet. Dessen ungeachtet bemerkt sie, dass heute keine politische, sondern auf Grundlage der vorliegenden Antragsunterlagen und Gutachten eine rechtliche Entscheidung zu treffen ist.

Herr Kramer entgegnet in seinem Redebeitrag (Anlage 4 zur Niederschrift), dass es sich sehr wohl um eine politische Entscheidung handelt. Er bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die derzeitige Rechtslage, wie sie aus der Vorlage und den Ausführungen der Verwaltung und der Fachplaner zu entnehmen ist, voraussichtlich zwar für eine Genehmigung sprechen wird, jedoch die SPD-Fraktion keineswegs mit dem Neubau einer derart großen Stallanlage direkt am Ortseingang in Kleibrok einverstanden ist. Er spricht sich explizit für die bäuerliche Landwirtschaft mit Weidehaltung auch zum Schutze anderer Landwirte aus, die durch Großbetriebe in ihrer Existenz gefährdet sind.

Herr Langhorst macht in seiner Erklärung (Anlage 5 zur Niederschrift) deutlich, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit der ersten Antragstellung vor einem Jahr sehr umfangreich auf allen Ebenen in Form von Gesprächen, Fachvorträgen und Besichtigungen mit dem Thema Landwirtschaft beschäftigt hat. Im Ergebnis kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grü-

nen zu dem Schluss, dass das Antragsverfahren formal richtig abgelaufen und nicht zu beanstanden ist. Dessen ungeachtet wird die Fraktion das Einvernehmen aus politischen Gründen verweigern, um deutlich zu machen, dass die Entwicklung zur industriellen Tierhaltung in Großställen, wie sie aus den benachbarten Landkreisen in Süddoldenburg mit all ihren negativen Begleiterscheinungen für die Tiere, die Luft, den Boden und das Grundwasser bekannt sind, in der Gemeinde Rastede und generell im Ammerland nicht gewünscht ist.

Frau Eyting skizziert in ihrem Statement (Anlage 6 zur Niederschrift) die negativen Folgen einer trotz Privilegierung eher industriell ausgerichteten Landwirtschaft und betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine nachhaltige Landwirtschaft mit deutlich kleineren Rinderzahlen, regionaler Vermarktung, artgerechter Tierhaltung und mehr Tierschutz steht. Sie weist darauf hin, dass ein striktes Umdenken in der Europapolitik und auch auf Bundes- und Landesebene erforderlich ist, die politischen Fördersysteme auf den Prüfstand gehören sowie bessere Rahmenbedingungen für regional verankerte bäuerliche und ökologische Landwirtschaft geschaffen werden müssen.

Herr Krause weist darauf hin, dass zwar gesetzlich anscheinend alles in Ordnung ist und die Verwaltung eine einwandfreie Vorlage abgeliefert hat, jedoch der Rat die Möglichkeit nutzen sollte, politisch Stellung zu nehmen, da aus Sicht der SPD-Fraktion der Antrag ein Startsignal für eine Entwicklung ist, die so nicht gewollt ist. Im Übrigen herrscht in Kleibrok zwischen den Faktoren Tourismus, Landwirtschaft und Wohnbebauung erhebliches Konfliktpotenzial, sodass es nicht in Ordnung ist, sich bei der Diskussion nur hinter dem Gesetz zu verstecken.

Herr Kirchhoff erwidert, dass neben Veränderungen im Kaufverhalten der Verbraucher Gesetzesänderungen auf EU-, Bundes- und Landesebene erforderlich sind, um künftig Neuerungen herbeiführen zu können. In der Gegenwart geht es darum, dass Landwirt Meyer-Hullmann in die Zukunft des alteingesessenen Familienbetriebes investieren möchte, um auch der nächsten Generation eine Perspektive geben zu können. Im Übrigen ist Landwirt Meyer-Hullmann bereits auf die Wünsche der Politik eingegangen und hat, im Vergleich zum Antrag aus dem Vorjahr, erhebliche Kompromisse gemacht.

Herr Langhorst stellt anhand einiger statistischer Zahlen fest, dass in den vergangenen 10 Jahren über 300 kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe im Ammerland aufgegeben haben und rund 700 ha an landwirtschaftlicher Fläche verloren gegangen ist. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Rinder auf 87.000 Tiere leicht angestiegen und der Geflügelbestand verdoppelte sich sogar. Er weist darauf hin, dass anhand der Zahlen deutlich wird, dass der Trend zu immer größeren Einheiten nach wie vor anhält und sich die Politik grundsätzlich damit beschäftigen muss.

Frau Pfeifer bemerkt, dass die Diskussion um die Massentierhaltung richtig und gut ist, aber nicht mit dem Bauvorhaben von Herrn Meyer-Hullmann vermengt werden sollte. Sie betont, dass im gegenwärtigen Verfahren auf Grundlage aktueller Gesetze entschieden werden muss und gewünschte Änderungen über das EU-Parlament auf den Weg gebracht werden müssen.

Herr Zörgiebel ergänzt, dass Herr Meyer-Hullmann bei Einhaltung aller Vorgaben einen rechtlichen Anspruch auf die Genehmigung hat und mit dem Entgegenkommen bei der Standortwahl und der Zahl der Tiere Kompromisse gemacht hat.

Frau Lamers zeigt sich vor dem Hintergrund der politischen Äußerungen aus der SPD-Fraktion verwundert darüber, dass die rot-grüne Mehrheit im Kreistag mit dem stellvertretenden Landrat Rüdiger Kramer nicht versucht hat, eine politische Debatte auf Kreisebene einzufordern.

Herr Kramer weist darauf hin, dass er als stellvertretender Landrat lediglich repräsentative Termine wahrnimmt und baurechtliche Genehmigungsverfahren von der Kreisverwaltung beschieden werden.

Beschlussempfehlung:

Das Einvernehmen für den Neubau eines Milchviehstalles gem. der Darstellung der Sach- und Rechtslage wird gem. § 36 Baugesetzbuch (BauGB) unter den nachfolgenden Bedingungen erteilt:

1. Nach entsprechender Vorprüfung gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.
2. Die in den Antragsunterlagen vorgelegten Untersuchungen zur Beurteilung der Geruchs- und Staubimmission sind nach einem angemessenen Zeitraum nach Inbetriebnahme der Anlage erneut zu überprüfen, soweit sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass wesentliche Abweichungen von den prognostizierten Werten bestehen. Das Prüfungsergebnis ist der Gemeinde zugänglich zu machen.
3. Nach Inbetriebnahme der Anlage ist spätestens nach Ablauf eines Jahres ein weiterer qualifizierter Flächennachweis vorzulegen. Hierbei ist anhand aktueller Gärrestanalysen und Ermittlung der jährlich anfallenden Gärrestmengen eine aktualisierte Berechnung der gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanz vorzunehmen.
4. Sollten sich wesentliche Änderungen in den betrieblichen Verhältnissen ergeben, die zu einer Veränderung des dargestellten Ergebnisses des qualifizierten Flächennachweises führen, so sind diese der Genehmigungsbehörde mitzuteilen und der Gemeinde zugänglich zu machen.
5. Die Eingrünung der Anlage ist entsprechend der Antragsstellung vorzunehmen.
6. Vor Baubeginn ist die ordnungsgemäße Beseitigung des Abwassers nachzuweisen.
7. Die verkehrliche Anbindung der Hofstelle an die Kleibroker Straße wird über die Zufahrt westlich der Straßeneinmündung Logemanns Damm vorgenommen; für Fahrten aus oder in Richtung Wesermarsch ist eine gesonderte Zufahrt in Höhe der bestehenden Maschinenhalle anzulegen. Sonstige bestehende Zufahrten sind zu beseitigen bzw. unbenutzbar zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen rund 20 Anfragen der Zuhörer, die vom Bürgermeister von Essen beantwortet beziehungsweise deren Klärung zugesagt wird. Folgende Anliegen wurden im Zusammenhang mit dem geplanten Kuhstall in Kleibrok inhaltlich thematisiert:

- Platzanspruch einer Kuh (ca. 10 qm pro Kuh)
- Verkehrssituation auf der Kleibroker Straße
- Fragen zur vorwiegenden Windrichtung südwest
- Verhältnis Grünland zu Ackerland beim Antragsteller (1/3 Ackerland zu 2/3 Grünland)
- Vorgehen bei Verstößen gegen die mit Auflagen versehene Genehmigung
- Berücksichtigung aller umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe beim Ist-Zustand bezüglich der Geruchsimmissionen (wird schriftlich beantwortet)
- Möglichkeiten einer späteren Erweiterung / Umnutzung
- Eingrünung der Stallanlage
- Mögliche Veränderungen bei der Biogasanlage (ggfs. gesondertes Verfahren)
- Auswirkungen der Schallimmissionen auf die Anwohner

Tagesordnungspunkt 7

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:50 Uhr.